

Asienpolitik

Franco Algeri

In Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatte sich die Frage gestellt, wie einzelne Regionen der Welt aus dieser Krise hervorgehen würden. Vieles deutet nun darauf hin, dass sich Asien immer mehr zu einem der ökonomischen Machtzentren des 21. Jahrhunderts entwickelt. Doch auch politisch und insbesondere sicherheitspolitisch richtet sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf diese Region. Kishore Mahbubani kam Anfang 2009 zu der Beurteilung, dass das asiatische Jahrhundert gerade erst beginne. Wenn Europa nun die richtigen strategischen Entscheidungen treffen werde, könne es hiervon profitieren. Sollte dies nicht gelingen, so werde Europa „goldene Möglichkeiten“ verpassen und in der Folge seine eigene langfristige Sicherheit beschädigen. Asien sei bereit nach Europa zu blicken. Die entscheidende Frage für Asien und Europa im 21. Jahrhundert sei, ob Europa umgekehrt bereit wäre, nach Asien zu blicken.¹ Die jährliche Beobachtung der Asienpolitik der EU verdeutlicht, dass sich in der Union bislang noch keine derartige thematische Zuspitzung erkennen lässt. Die europäisch-asiatischen Beziehungen sind zu einem festen und gewichtigen Bestandteil der Außenbeziehungen der EU geworden: Sie werden in ihrer Vielschichtigkeit weiterhin durch eine pragmatische Vorgehensweise geprägt, in der sich die Stärken wie auch die Schwächen europäischer Politik zeigen.

Handelsbeziehungen

Handel EU-27 mit asiatischen Staaten, 2009²

	Importe (%)	Exporte (%)	Rang
China	17,9	7,5	2
Japan	4,7	3,3	6
Südkorea	2,7	2,0	8
Indien	2,1	2,5	9
Singapur	1,2	1,9	12
Hongkong	0,8	1,8	17
Taiwan	1,5	0,9	19
Malaysia	1,2	0,9	22
Thailand	1,2	0,7	23
Indonesien	1,0	0,5	30
Vietnam	0,6	0,3	36
Pakistan	0,3	0,3	45
Bangladesch	0,5	0,4	46
Philippinen	0,3	0,3	47

1 Kishore Mahbubani: Be quick Europe, or miss out on the Asian century. In: Europe's World, Spring 2009, <http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home/Article/tabid/191/ArticleType/ArticleView/ArticleID/21345/BequickEuropeormissoutontheAsiancentury.aspx>

2 http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113472.pdf.

Unter den zehn wichtigsten Handelspartnern der EU-27 befanden sich 2009 mit China (an 2. Stelle), Japan (an 6. Stelle), Südkorea (an 8. Stelle) und Indien (an 9. Stelle) vier asiatische Staaten. Im Weiteren entfielen 33,3 Prozent der EU-Importe und 20,2 Prozent der EU-Exporte auf die 16 asiatischen ASEM-Staaten und entsprechend 5,7 Prozent der EU-Importe und 4,6 Prozent der EU-Exporte auf die zehn Staaten der ASEAN.³

Regionale Schwerpunkte

China und Indien werden im GASP-Jahresbericht 2009 der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik als „bedeutende Partner sowohl in regionalen als auch in globalen Fragen“ bewertet; Japan wird als „nach wie vor ein wichtiger Partner“ in Ostasien bezeichnet.⁴ Die Volksrepublik China bleibt weiterhin der gewichtigste asiatische Staat für die EU. Das während der französischen EU-Präsidentschaft für die zweite Jahreshälfte 2008 geplante elfte EU-China-Gipfeltreffen war von chinesischer Seite als Reaktion auf eine geplante Europareise des Dalai Lama, bei der auch ein Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy stattfinden sollte, verschoben worden. So kam es 2009 zu zwei EU-China-Gipfeltreffen: dem nachgeholtten elften am 20. Mai 2009 in Prag und dem zwölften am 30. November 2009 in Nanjing. Die bei letzterem vorgelegte gemeinsame Erklärung spiegelt die umfassende Themenpalette der europäisch-chinesischen Beziehungen wider. Hervorzuheben sind Themen von globaler Bedeutung wie die Finanzkrise und ihre Folgen, der Klimawandel, die Energiesicherheit und Rohstoffversorgung, die Umweltproblematik, der Terrorismus sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Um diesen Herausforderungen gemeinsam begegnen zu können, messen die EU und China dem Instrument des wirksamen Multilateralismus, der Rolle der Vereinten Nationen und der Zusammenarbeit in multilateralen Foren, wie beispielsweise die G20, besondere Bedeutung bei.

Interessant ist der Hinweis in der Gemeinsamen Erklärung zum 12. Gipfeltreffen, dass gegenseitiges politisches Vertrauen wichtig sei zur Stärkung einer pragmatischen Zusammenarbeit in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wie auch in anderen Kooperationsbereichen. In diesem Zusammenhang wird den politischen und sektoralen Dialogen eine unterstützende Bedeutung beigemessen. Noch vor ihrer Ernennung zur Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hatte Catherine Ashton in ihrer Funktion als Handelskommissarin mehr gegenseitiges Vertrauen in den europäisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen angemahnt. In diesem Zusammenhang ist auch der Hinweis von Kommissionspräsident José Manuel Barroso zum Abschluss des „Executive-to-executive“-Treffens mit dem chinesischen Premier Wen Jiabao am 29. April 2010 zu sehen, in dem er forderte, die Beziehungen im Lichte eines besseren gegenseitigen Verständnisses, Vertrauens und Respekts zu führen.

Im Rahmen des seit 1995 stattfindenden EU-China-Menschenrechtsdialogs fand das 28. Treffen am 20. November 2009 in Peking statt. Zentrale Themen für die EU waren die Todesstrafe, die Situation in Tibet und Xinjiang, Fragen der Rechtsstaatlichkeit sowie die Meinungs- und Pressefreiheit. Die Verhandlungen zu einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und China wurden weiter fortgeführt. Der Status Marktwirtschaft ist wiederkehrend thematisiert worden, doch ohne konkreten zeitlichen Ausblick

3 Ebd.

4 Rat der Europäischen Union: 2009 Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der GASP. Brüssel 2010, S. 52.

darauf, wann China von der EU als Marktwirtschaft anerkannt wird. China bleibt weiterhin der wichtigste Handelspartner der EU und das Handelsbilanzdefizit der Europäer setzt sich fort. Während einerseits die Unterzeichnung neuer sektoraler Abkommen die europäisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen verdichtet, bleiben andererseits langjährige Problembereiche bestehen. Beispielsweise bestanden in der zweiten Jahreshälfte 2009 gegenüber China 50 Antidumpingmaßnahmen. Auch beklagen europäische Unternehmen weiterhin die Verletzung geistiger Eigentumsrechte in China und die langsame Zulassung von Dienstleistungsunternehmen in der Volksrepublik.

Zwar ist Japan in seiner ökonomischen und sicherheitspolitischen Relevanz für Europa nicht mit China zu vergleichen, dennoch bilden die europäisch-japanischen Beziehungen weiterhin einen elementaren Bestandteil der EU-Asienpolitik. Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, betonte die Gemeinsamkeit der EU und Japans als zivile Mächte und ihre Ausrichtung an den Werten der Demokratie und den Prinzipien der Marktwirtschaft.

Bereiche, in denen seitens der EU eine verbesserte Zusammenarbeit angedacht wird, sind der Handel (ein Freihandelsabkommen ist bislang noch nicht in Aussicht), die Außenpolitik (die Zusammenarbeit soll nicht nur in Dialogform, sondern auch bei konkreten Projekten, wie beispielsweise Wiederaufbaumaßnahmen in Afghanistan erfolgen), der Network Security (aufgrund der großen Verwundbarkeiten vernetzter Gesellschaften) und die Klimapolitik (Europa und Japan verstehen sich als führend bei CO₂-Reduktionsmaßnahmen). Diese breite Themenpalette wurde beim 19. EU-Japan-Gipfeltreffen am 28. April 2010 in Tokio bestätigt. Mit der Entscheidung zur Einsetzung einer gemeinsamen High-Level-Group sollen die Wirtschaftsbeziehungen gestärkt werden. In sicherheitspolitischen Bereichen, wie beispielsweise der Bekämpfung der Piraterie vor der afrikanischen Küste, soll enger zusammengearbeitet werden. Japan, China und Indien sind unter anderen Drittstaaten an der Operation EU NAVFOR Atalanta beteiligt. Darüber hinaus hat Japan Interesse gezeigt, ziviles Personal in zivile GSVP-Missionen einzubringen.

Am 6. November 2009 fand in Neu Delhi das zehnte EU-Indien-Gipfeltreffen statt. Auch hier fanden sich bekannte Schwerpunktthemen wie die künftige Entwicklung des multilateralen Systems, der Klimawandel und die Energiepolitik, die Finanzkrise, die Bekämpfung des Terrorismus wie auch Abrüstungsmaßnahmen und die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Bezüglich regionaler Entwicklungen richtet die EU ihre Aufmerksamkeit unter anderem auf das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Im Weiteren wurde bei diesem Gipfeltreffen auch ein Kooperationsabkommen zur Forschung im Bereich der Fusionsenergie unterzeichnet. Seitens asiatischer Staaten ist Indien ebenso wie China, Japan und Südkorea am europäischen Projekt zur Schaffung eines Fusionsreaktors (ITER) als Partner beteiligt.⁵ Wie sich am Beispiel Indien jedoch auch zeigt, misst dieser strategische Partner der EU einzelnen EU-Mitgliedstaaten mehr politisches Gewicht bei als der Union.

Bei den interregionalen Beziehungen der EU mit dritten Regionen ist die Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN) ein wichtiger Partner der Union. Dies bestätigte sich erneut am 26. Mai 2010 beim 18. EU-ASEAN-Ministertreffen. Der Problemstaat unter den zehn ASEAN-Staaten bleibt Birma/Myanmar. Als Reaktion auf das gegen die Oppositionspolitikerin Daw Aung San Suu Kyi von den Militärbehörden im August 2009 verhängte Urteil wurden die bereits seit den 1990er-Jahren bestehenden und regelmäßig überarbeite-

5 Weitere Partner sind die USA und Russland.

ten restriktiven Maßnahmen weiter verschärft. Mit dem ASEAN-Mitgliedstaat Indonesien paraphierte die EU am 25. Juni 2010 in Brüssel ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Auf dieser neuen rechtlichen Grundlage werden künftig politische Themen, wie die Kooperation in den Bereichen Handel und Investitionen, Justiz und Sicherheit, Migration sowie bei einer Vielzahl sektorspezifischer Fragen geregelt.

Der Vertrag von Lissabon

Mit dem Vertrag von Lissabon ergeben sich einige Veränderungen und Neuerungen für das auswärtige Handeln der EU, die entsprechend für die Beziehungen der Union zu Asien relevant sind. Im Folgenden sei auf einige Beispiele hingewiesen: Die Machtbefugnisse des Europäischen Parlaments in der gemeinsamen Handelspolitik der EU sind gestärkt worden. Wurden Assoziierungsabkommen in der Vergangenheit als so genannte ‚gemischte Abkommen‘ geschlossen, d.h. sie mussten von der EG und den Mitgliedstaaten mit dem jeweiligen Vertragspartner abgeschlossen werden, fallen Assoziierungsabkommen nunmehr in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Union. Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik kann durch ihre Zuordnung zum Rat einerseits und der Kommission andererseits dadurch nicht nur als Sprachrohr der Mitgliedstaaten handeln, sondern sie kann auch auf gemeinsame Instrumente und Mittel zurückgreifen. Über den Europäischen Auswärtigen Dienst gewinnen die neuen Delegationen der EU in Drittländern an Gewicht. Nicht zu vergessen ist der Präsident des Europäischen Rates, der nicht nur auf seiner Ebene einen außenpolitischen Dialog führen kann, sondern auch die Leitlinien und strategischen Vorgaben europäischer Außenpolitik mitgestalten kann.

Resümee

Es wird sich in der täglichen Praxis europäischer Asienpolitik erweisen müssen, inwieweit diese durch den Vertrag von Lissabon und die damit einhergehenden institutionellen Neuerungen und die veränderten Akteursstrukturen beeinflusst wird. Bei den Gipfeltreffen der EU mit China und Japan ist bereits deutlich geworden, dass sich der Präsident des Europäischen Rates als neuer Akteur erkennbar einbringt. Ob dies mittelfristig zu einer Aufwertung der EU als Akteur in Asien führt, bleibt abzuwarten. In der jüngeren Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Perzeption der EU in Asien durchaus eine kritische ist und die Ambivalenz zwischen ökonomischem und politischem Gewicht der EU erkannt wird. Die Schärfung des sicherheitspolitischen Profils der EU in Asien hängt nicht alleine von einer modifizierten Vertragsgrundlage der EU ab. Darüber hinaus wird entscheidend sein, wie die entsprechenden Möglichkeiten zum Einsatz gebracht werden und ob dies von asiatischen Staaten grundsätzlich akzeptiert wird. Angesichts eines wachsenden Selbstbewusstseins asiatischer Staaten wird dies zu einem Testfall für die Außenpolitik der EU insgesamt und ihre Asienpolitik im Besonderen.

Weiterführende Literatur

- Natalia Chaban, Martin Holland (Hrsg.): *The European Union and the Asia Pacific. Media, public and elite perceptions of the EU*, London/New York 2008.
- Natalia Chaban, Martin Holland, Peter Ryan (Hrsg.): *The EU through the eyes of Asia, Volume II. New cases, new findings*, Singapore 2009.
- Christopher Dent: *Japan, China and East Asian regionalism. Implications for the European Union*, in: *Asia Europe Journal*, Vol. 7, No. 1, 2009, S. 161-178.
- Michael J.Green/Bates Gill (Hrsg.): *Asia's new multilateralism. Cooperation, competition and the search for community*, New York 2009.
- Manfred Mols: *Vom Amerikanischen zu einem Asiatisch-Pazifischen Jahrhundert?*, in: *KAS Auslandsinformationen*, 9/2009, S. 7-44.